Gemeinde Zollikofen

Protokoll

Sitzung Nr.	1
Datum	**29. Januar 2025**
Ort	Aula Sekundarstufe I
Zeit	19:30 Uhr bis 20:25 Uhr

Vorsitz	Andreas Buser	GLP
Mitglieder	Hans Peter Anderegg	SP
	Stéphanie Anliker	FDP
	Flavio Baumann	GFL
	Irene Brunner	SVP
	Marco Bucheli	SVP
	Manuel Buser	parteilos (GFL)
	Michael Fust	SP
	Aksayaa Gunaratnam	SP
	Ashwina Gunaratnam	SP
	Beatrix Herren Imboden	GFL
	Raymond Känel	Die Mitte
	Ruth Kaufmann	parteilos (GFL)
	Fabian Krättli	SP
	Fritz Pfister	SVP
	Marcel Remund	FDP
	Franziska Rhyner	SVP
	Stefan Ritter	SVP
	Hans Jörg Rothenbühler	Die Mitte
	Hannes Spichiger	GLP
	Petra Spichiger	SP
	Karin Steiner	SP
	Marceline Stettler	parteilos (GFL)
	Rolf Stettler	FDP
	Armin Thommen	GLP
	Alexander Tichy	GLP
	Annette Tichy	parteilos (GFL)
	Bruno Vanoni	GFL
	Karin Walker	EVP
	Céline Wendelspiess	SP
	Matthias Widmer	parteilos (FDP)
	Markus Wüest	SP
	Markus Wüthrich	SVP
	Tino Wymann	Piratenpartei
Anzahl Anwesende	34	
Abwesend	Stefan Burren	SVP
	Patrick Heimann	FDP
	Peter Nussbaum	parteilos (SVP)
	Esther Schwarz	SP
	Ulrich Thierstein	SVP

	Stefan Zingre	parteilos (SVP)
Vertreter des Gemeinderats	Daniel Bichsel (SVP), Gemeindepräsident Mirjam Veglio (SP), Vizegemeindepräsidentin Peter Bähler (SVP) Markus Burren (SVP) Ratheeshan Gunaratnam (SP) Martin Köchli (Die Mitte) Edi Westphale (GFL)	
Beigezogen	-	
Sekretär	Stefan Sutter	
Protokoll	Priska Iseli	
Anzahl Zuhörende	1	
Anzahl Medienvertretende	-	

Traktanden

Nr.	Bezeichnung
1.	Eröffnung Legislatur / Mitteilungen
2.	Genehmigung Traktandenliste
3.	Konstituierung des Grossen Gemeinderats Departement Präsidiales
4.	Wahl der Geschäftsprüfungskommission Departement Präsidiales
5.	Wahl der ständigen Kommissionen Departement Präsidiales
6.	Protokollgenehmigung
7.	Motion Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend «Die Gemeinde Zollikofen verstärkt auf Nachhaltige Entwicklung ausrichten – im Sinne der 17 Ziele der «Agenda 2030»», Erheblicherklärung Departement Präsidiales
8.	Interpellation Stefan Zingre (parteilos/SVP) und Mitunterzeichnende betreffend «Energiestadt Zollikofen – wie weiter?», Antwort Departement Bau und Umwelt
9.	Parlamentarische Eingänge

GROSSER GEMEINDERAT ZOLLIKOFEN

Andreas Buser Präsident	Stefan Sutter Sekretär	Priska Iseli Protokollführerin

Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
1	1	4370	00.06.02

Eröffnung Legislatur / Mitteilungen

Begrüssung

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Grossen Gemeinderats, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, wertes Ratsbüro mit Gemeindeschreiber und Protokollführerin, Medienvertretende sehe ich keine, sie hätte ich sonst auch gerne begrüsst aber unser Gast, der Hauswart, ist auch noch bei uns. Seid herzlich willkommen.
Ich begrüsse euch zur ersten Sitzung der neuen Legislatur des Gemeindeparlaments. Wir schreiben das Jahr 2025 und starten in die 16. Legislatur in der Geschichte des Grossen Gemeinderats Zollikofen. Ich bin überzeugt, dass wir auch die neue Legislatur mit dem nötigen Schwung und viel Elan in Angriff nehmen können. Mit dem Ziel, für unsere Gemeinde nur das Beste zu wollen, weil uns ja schliesslich das Wohlergehen unserer Gemeinde als solches mit ihren Einwohnerinnen und Einwohnern am Herzen liegt. Vor diesem Hintergrund nehmen wir die Geschicke unserer Gemeinde jetzt an die Hand.
Ich wünsche euch viele gute, bürgerfreundliche und sachdienliche Entscheide sowie spannende Diskussionen. Gleichzeitig möchte ich allen Gewählten herzlich gratulieren und euch alles Gute und viel Befriedigung in dieser neuen Amtsperiode wünschen.
Einen besonderen Willkommensgruss richte ich an die fünf neu gewählten Parlamentarierinnen und fünf neu gewählten Parlamentarier, die heute Abend zum ersten Mal unter uns sind. Damit hat sich das Parlament personell um einen Viertel erneuert. Das Parteienspektrum mit den acht im Parlament vertretenen politischen Parteien hat sich zahlenmässig nicht geändert. Es hat eine kleine Änderung gegeben, indem der Sitz der fdU abgelöst wurde durch die Piratenpartei. Die eingetretenen Sitzverschiebungen der letzten Gesamterneuerungswahlen, wo sich je zwei Parteien zu den Gewinnern und Verlierern zählen können, diese geringfügigen Sitzverschiebungen – nota bene innerhalb der politischen Blöcke – deuten grundsätzlich auf sehr stabile und konstante Verhältnisse in Zollikofens Politik hin.
Allen neu Gewählten wünsche ich einen guten und hoffentlich reibungslosen Eintritt in den Ratsbetrieb, den Bisherigen weiterhin ein erfolgreiches Wirken. Allen gemeinsam danke ich aber für ihre Bereitschaft, sich hier in der Gemeinde zu engagieren, stellvertretend für die ganze Bevölkerung, hier die Legislativarbeit zu übernehmen. Merci vielmal.
Der wieder gewählte Gemeinderat ist bekanntlich in unveränderter personeller Besetzung der alte Gemeinderat. Er hat seine Arbeit ebenfalls aufgenommen im neuen Jahr in der neuen Legislatur und hat sich bereits zu zwei Sitzungen getroffen und die ersten Beschlüsse gefasst.
Die Vereidigung von Behördenmitgliedern ist im Kanton Bern vor vielen Jahren abgeschafft worden. Trotzdem hat der Gesamtgemeinderat im Sinne eines Versprechens zum Anfang der neuen Legislaturperiode Folgendes festgehalten und das teile ich euch als nächsthöhere, übergeordnete Behörde nun gerne mit: *«Die Gemeinderatsmitglieder versprechen, die Rechte und Freiheiten des Volks und der Bürgerinnen und Bürger zu achten, die Verfassung und Gesetze von Bund, Kanton und Gemeinde zu befolgen und die Pflichten ihres Amts sorgfältig und gewissenhaft zu erfüllen.»*
Das hat der Gesamtgemeinderat zu Beginn seiner Legislaturperiode so protokollarisch festgehalten und habe ich euch nun mitgeteilt. Der Gesamtgemeinderat freut sich zusammen mit mir auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative.

Zum heutigen Ratsbetrieb: Die Sitzordnung wurde zu Beginn dieser Legislatur von der Verwaltung provisorisch zugeteilt. Vielleicht könnt oder wollt ihr nicht alle eure zugeteilten Plätze einnehmen. Dann meldet bitte Änderungswünsche dem Sekretariat per E-Mail. Für die nächste Sitzung wird dann der definitive Sitzungsspiegel auf der Website aufgeschaltet.

Dann erkläre ich die heutige Sitzung als eröffnet. Anwesend sind 34 Ratsmitglieder, wir sind also beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte da ist. Entschuldigt sind: Stefan Burren (SVP), Patrick Heimann (FDP), Peter Nussbaum (parteilos/SVP), Esther Schwarz (SP), Ueli Thierstein (SVP), Ste-

fan Zingre (parteilos/SVP). Gerne erinnere ich daran: Wenn es zu Abwesenheiten kommt, dass ihr diese gemäss Geschäftsordnung jeweils im Voraus dem Sekretariat mitteilt. Ratsmitglieder, die allenfalls nach Feststellen der Anwesenheit an der Sitzung erscheinen, melden sich ebenfalls beim Sekretariat. Wer die Sitzung vorzeitig verlässt, macht das ebenso.

Mitteilungen

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Als Vorsitzender habe ich keine Mitteilungen. Ebenso gibt es keine seitens GPK und Gemeinderat.

Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
2	2	4371	00.06.02

Genehmigung Traktandenliste

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Gibt es Änderungsanträge in Bezug auf die Reihenfolge der Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Gibt es Anträge für eine Diskussion zu einem aktuellen Ereignis mit Bezug zur Gemeinde? Das ist eine Frage, die wir immer hier mit der Traktandenliste stellen. Es ist eine Möglichkeit, die gemäss der Geschäftsordnung so allen Mitgliedern offensteht. Das ist nicht der Fall.

Beschluss
Die Traktandenliste wird genehmigt.

Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
3	3	3539	00.04.03

Konstituierung des Grossen Gemeinderats

Ausgangslage

Gemäss Art. 10 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats (GOGGR) wählt der Grosse Gemeinderat in seiner ersten Sitzung zu Beginn der neuen Amtsdauer das Büro, bestehend aus:
a) der Präsidentin oder dem Präsidenten des Grossen Gemeinderats,
b) der 1. Vizepräsidentin oder dem 1. Vizepräsidenten,
c) der 2. Vizepräsidentin oder dem 2. Vizepräsidenten,
d) den zwei Stimmenzählerinnen oder Stimmenzählern.

Auf eine angemessene Vertretung der Parteien ist Rücksicht zu nehmen.

<u>Wahl des Präsidiums des Grossen Gemeinderats</u>
Der Gemeindepräsident eröffnet die Sitzung und lässt zwei provisorische Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler wählen. Er leitet sodann die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten der Grossen Gemeinderats, worauf diese oder dieser die Leitung der Verhandlungen übernimmt (Art. 1 GOGGR).
Das Präsidium soll zwischen den Parteien wechseln. Die Präsidentin oder der Präsident ist nach Ablauf eines Amtsjahres für das folgende Jahr in dieser Funktion nicht wieder wählbar.

<u>Wahl der Vizepräsidien und der Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler</u>
Zu wählen sind:
- 1. Vizepräsidentin oder Vizepräsident
- 2. Vizepräsidentin oder Vizepräsident
- zwei Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler

Rechtsgrundlagen

Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats vom 22. März 2006 (SSGZ 151.21); Art. 1 und Art. 10

Beratung

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Das Eintreten ist vorgegeben. Zur Geschäftsberatung: Gestützt auf die Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats werden die Mitglieder des Ratsbüros zu Beginn einer neuen Amtsperiode in der ersten Sitzung für das betreffende Kalenderjahr und während der laufenden Amtsperiode jeweils in der letzten Sitzung für das folgende Kalenderjahr gewählt.
Bei der Verteilung der Sitze ist auf eine angemessene Vertretung der Parteien Rücksicht zu nehmen. Die Präsidentin oder der Präsident des Grossen Gemeinderats ist nach Ablauf eines Amtsjahrs für das folgende Jahr in dieser Funktion nicht wieder wählbar. Würde bedeuten, Fritz Pfister (SVP) könnt ihr nicht nochmals wählen. Das Präsidium soll zwischen den Parteien wechseln. So sind die Bestimmungen in unserer Geschäftsordnung.

Heute Abend sind zu wählen:
Vorab, die Präsidentin oder der Präsident des Grossen Gemeinderats.
In einer zweiten Wahl die 1. Vizepräsidentin oder der 1. Vizepräsident.
In einer dritten Wahl die 2. Vizepräsidentin oder der 2. Vizepräsident.
Und in der vierten Wahl zwei Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler.

Bevor wir zu den ersten Wahlen kommen, brauchen wir noch zwei ausserordentliche Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler, weil wir diese ja eben noch nicht bestimmt haben. Ich erwarte Vorschläge aus dem Rat.

Marco Bucheli (SVP): Die SVP-Fraktion schlägt provisorisch für heute Abend Franziska Rhyner (SVP) vor.

Markus Wüest (SP): Die SP-Fraktion schlägt Hanspeter Anderegg (SP) vor.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahl
Franziska Rhyner (SVP) und Hanspeter Anderegg (SP) sind gewählt als Stimmenzählende für die Sitzung des Grossen Gemeinderats vom 29. Januar 2025.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Beim Zählen ist es immer noch gleich: Franziska übernimmt die Mitte inkl. Vorsitz und Hanspeter übernimmt den Rest. Am Schluss sollten wir nicht über 34 Stimmen kommen resp. 33, der Vorsitzende stimmt ja nicht mit.

Zur Wahl des GGR-Präsidiums: Ich erwarte Wahlvorschläge.

Armin Thommen (GLP): Wir schlagen Andreas Buser (GLP) vor.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende Andreas Buser (GLP) als gewählt als Präsident des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2025.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Ich gratuliere dir ganz herzlich Andreas als höchsten Zolliköfler für das Jahr 2025, zu dieser ehrenvollen Aufgabe. Ich freue mich, dass du – als erster Präsident der GLP-Fraktion – das Amt einnehmen darfst, dass du uns während dieses Jahrs durch den Rat führen wirst. Ich ersuche dich, diesen Platz zu übernehmen, übergebe dir das Zepter und wünsche dir alles Gute, gutes Gelingen, merci vielmal.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Ein Zepter, wie von Daniel Bichsel angekündigt, sehe ich hier nicht. Es scheint, dass ich mich mit dieser Glocke zufriedengeben darf, was auch gut ist.

Merci vielmals für euer Vertrauen. Wie Daniel Bichsel bereits gesagt hat, ist es für die GLP ein Novum, den Grossen Gemeinderat Zollikofens zu präsidieren. Rhetorisch bin ich nicht ganz so beschlagen wie viele meiner Vorgängerinnen und Vorgänger, aber ich bin zuversichtlich, dass wir das Jahr zusammen gut meistern werden, wenn ihr mir den einen oder anderen Stolperer verzeihen könnt.
Auch meinerseits begrüsse ich die Anwesenden zur ersten Sitzung der neuen Legislaturperiode herzlich. Speziell begrüssen möchte ich die zehn neuen GGR-Mitglieder. Der Frauenanteil ist vor acht Jahren, als ich neu gewählt worden bin, bei einem Viertel gewesen. Vor vier Jahren und auch jetzt liegt er bei einem Drittel. Da gäbe es noch ein bisschen Potenzial für die nächsten Wahlen in vier Jahren.
Was mir noch stark aufgefallen ist, ist die erfolgreiche innerfamiliäre Nachwuchsrekrutierung, welche wir hier im Rat neu haben. In drei Fällen über die Gemeinderats- / GGR-Grenze hinweg, in zwei Fällen innerhalb des Grossen Gemeinderats über die Parteigrenze hinweg. Vor acht Jahren haben noch zehn Prozent der GGR-Mitglieder Markus geheissen, jetzt sind wir bei fünf Prozent. Dafür hats bei der SVP-Fraktion gerade dreimal einen Stefan. Beim Start in die letzte Legislaturperiode haben wir COVID-bedingt auf das Apéro im Anschluss der ersten Sitzung verzichten müssen. Das ist dieses Jahr zum Glück nicht der Fall. Deshalb freue ich mich, im Anschluss an die Sitzung mit euch auf eine erfolgreiche Legislatur mit konstruktiver Debatte und weitsichtigen Beschlüssen anzustossen.
Ich leite somit über zum offiziellen Teil, zur Wahl des 1. Vizepräsidiums. Ich erwarte gerne eure Vorschläge.

Marceline Stettler (GFL): Wir schlagen Flavio Baumann (GFL) vor.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende Flavio Baumann (GFL) als gewählt als 1. Vizepräsidenten des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2025.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Du darfst neben mir Platz nehmen Flavio. Als nächstes kommen wir zur Wahl der 2. Vizepräsidentin oder des 2. Vizepräsidenten. Ich erwarte Wahlvorschläge.

Céline Wendelspiess (SP): Wir schlagen Markus Wüest (SP) vor.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende Markus Wüest (SP) als gewählt als 2. Vizepräsidenten des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2025.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Wir kommen zur Wahl von zwei Stimmenzählenden. Ich erwarte Wahlvorschläge.

Marco Bucheli (SVP): Wir schlagen Stefan Zingre (parteilos/SVP) vor und weil er eben heute Abend abwesend ist als Ersatz für heute Abend Franziska Rhyner (SVP).

Markus Wüest (SP): Wir schlagen Hanspeter Anderegg (SP) vor.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Werden die beiden Vorschläge vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende Stefan Zingre (parteilos/SVP) und Hanspeter Anderegg (SP) als gewählt als Stimmenzählende des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2025.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Ich stelle fest, dass wir in diesem Jahr ein Ratsbüro haben, welches vollständig in Männerhand liegt. Das wird sich sicher wieder ändern. Weil Stefan Zingre (parteilos/SVP) heute Abend abwesend ist, wird Franziska Rhyner (SVP) stellvertretend für ihn die Funktion des Stimmenzählenden übernehmen.

Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
4	4	3539	00.04.03

Wahl der Geschäftsprüfungskommission

Ausgangslage

Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission sind für die Amtsperiode vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2029 zu wählen.

Art. 17 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats (GOGGR) bestimmt:
[1] Der Grosse Gemeinderat wählt zu Beginn jeder neuen Amtsdauer aus seiner Mitte die sieben Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission. Die Fraktionen sind angemessen vertreten.
[2] Die Präsidentin oder der Präsident, die oder der in dieser Funktion nicht wieder wählbar ist, die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident und die Sekretärin oder der Sekretär werden alle zwei Jahre an der ersten Sitzung des Rates gewählt.
[3] Die Zuständigkeiten der Geschäftsprüfungskommission ergeben sich aus der Gemeindeverfassung.

Gemäss Art. 54 Abs. 3 der Geschäftsordnung sind Wahlvorschläge der oder dem Vorsitz in der Regel vor der Sitzung schriftlich einzureichen.
Werden gleich viele Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen, wie Sitze oder Mandate zu vergeben sind, erklärt die oder der Vorsitzende die Vorgeschlagenen als in stiller Wahl gewählt (Art. 56 Geschäftsordnung).

<u>Wahlvorschläge der Parteien</u>
- Stéphanie Anliker, Wahlackerstrasse 3, FDP
- Irene Brunner, Im Kläyhof 4, SVP
- Marco Bucheli, Stockhornstrasse 24, SVP, bisher
- Michael Fust, Schulhausstrasse 10, SP, bisher
- Beatrix Herren, Reichenbachstrasse 17, GFL
- Esther Schwarz, Schulhausstrasse 10, SP
- Hannes Spichiger, Buchrainweg 12, GLP

Rechtsgrundlagen

Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats vom 22. März 2006 (SSGZ 151.21); Art. 17

Beratung

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Das Eintreten ist vorgegeben. Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission sind für die Amtsperiode vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2029 zu wählen. Zudem im Anschluss die/der Präsident/-in, die/der Vizepräsident/-in und die/der Sekretär/-in für die Amtszeit vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2027.

Es sind folgende Wahlvorschläge der Parteien für die Mitglieder eingegangen:
- Stéphanie Anliker, Wahlackerstrasse 3 (FDP)
- Irene Brunner, Im Kläyhof 4 (SVP)
- Marco Bucheli, Stockhornstrasse 24 (SVP), bisher
- Michael Fust, Schulhausstrasse 10 (SP), bisher
- Beatrix Herren, Reichenbachstrasse 17 (GFL)
- Esther Schwarz, Schulhausstrasse 10 (SP)
- Hannes Spichiger, Buchrainweg 12 (GLP)

Werden die Vorschläge vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende alle sieben Vorgeschlagenen als gewählt als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission für die Amtsdauer vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2029.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Wir kommen zur Wahl des GPK-Präsidiums. Ich erwarte Wahlvorschläge.

Fritz Pfister (SVP): Die SVP-Fraktion schlägt Marco Bucheli (SVP) vor.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende Marco Bucheli (SVP) als gewählt als Präsident der Geschäftsprüfungskommission für die Amtsdauer vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2027.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Wir kommen zur Wahl des 1. Vizepräsidiums. Ich erwarte Wahlvorschläge.

Markus Wüest (SP): Die SP-Fraktion schlägt Michael Fust (SP) vor.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende Michael Fust (SP) als gewählt als 1. Vizepräsident der Geschäftsprüfungskommission für die Amtsdauer vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2027.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Nun noch zur Wahl des Sekretariats. Ich erwarte Wahlvorschläge.

Marcel Remund (FDP): Wir schlagen Stéphanie Anliker (FDP) vor.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende Stéphanie Anliker (FDP) als gewählt als Sekretärin der Geschäftsprüfungskommission für die Amtsdauer vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2027.

Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
5	5	3539	00.04.03

Wahl der ständigen Kommissionen

Ausgangslage

Der Grosse Gemeinderat hat die in seiner Kompetenz (Art. 1, Abs. 2 des Reglements über die ständigen Kommissionen) liegenden Wahlen für die Amtsperiode vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2029 vorzunehmen.

Gemäss Art. 54 Abs. 3 der Geschäftsordnung sind Wahlvorschläge dem Vorsitzenden in der Regel vor der Sitzung schriftlich einzureichen. Werden gleich viele Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen, wie Sitze oder Mandate zu vergeben sind, erklärt die oder der Vorsitzende die Vorgeschlagenen als in stiller Wahl gewählt (Art. 56 der Geschäftsordnung).

Rechtsgrundlagen

- Gemeindeverfassung vom 30. November 2003 (SSGZ 101.1); Art. 12 und 65
- Reglement über die ständigen Kommissionen vom 15. September 2004 (SSGZ 152.21); Art. 1 Abs. 2, Art. 2 bis 5

Parteipolitische Verteilung

Die parteipolitische Verteilung der Sitze der ständigen Kommissionen ist in der Gemeindeverfassung (Art. 12 und 65) und im Reglement über die ständigen Kommissionen (Art. 2 – 5) geregelt. Die Sitzverteilung sieht wie folgt aus:

Kommission	SVP	SP	GFL	FDP	Die Mitte	GLP	EVP	Piratenpartei	Total
Bildungskommission	2	2	1	1			1		7
Finanzkommission	2	2	1	1		1			7
Kommission Bau und Umwelt	2	2	1	1	1				7
Kommission Soziales und Gesundheit	2	2	1	1		1			7
Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung	2	2	1	1		1			7
Kulturkommission	2	2	1	1		1			7
Planungskommission	2	2	1	1				1	7
Sicherheitskommission	2	2	1	1	1				7
Stimm- und Wahlausschuss	2	2	1	1			1		7
Total	18	18	9	9	2	4	2	1	63

Wahlvorschläge der Parteien

- Bildungskommission (6 Mitglieder)
  Mitglied und Präsident von Amtes wegen ist der Departementsvorsteher Bildung Ratheeshan Gunaratnam, SP.
  Mentari Baumann, Wahlackerstrasse 3, FDP
  Irene Brunner, Im Kläyhof 4, SVP, bisher
  Corinne Crettenand, Stämpflistrasse 12, EVP, bisher
  Monika Flückiger, Heckenweg 15a, SP, bisher
  Marianne Pfister, Kirchlindachstrasse 44, SVP, bisher
  Annette Tichy-Gränicher, Stockhornstrasse 28, parteilos/GFL, bisher

- Finanzkommission (6 Mitglieder)
  Mitglied und Präsident von Amtes wegen ist der Departementsvorsteher Finanzen Markus Burren, SVP.
  Luca Baraldi, Linckweg 17, parteilos/GLP, bisher
  Stephan Greber, Bantigerstrasse 2, GFL
  Peter Lindenmann, Bantigerstrasse 14b, SP
  Peter Nussbaum, Alpenstrasse 45, parteilos/SVP, bisher
  Marcel Remund, Bernstrasse 92, FDP, bisher
  Karin Steiner, Stämpflistrasse 51, SP, bisher

- Kommission Bau und Umwelt (6 Mitglieder)
  Mitglied und Präsidentin von Amtes wegen ist die Departementsvorsteherin Bau und Umwelt Mirjam Veglio, SP.
  Bénédicte Friedli Pahud, Kirchweg 3, parteilos/GFL, bisher
  Patrick Heimann, Linckweg 27, FDP
  Gian Andrea Lüthi, Stämpflistrasse 49, Die Mitte, bisher
  Markus Wüest, Schäfereistrasse 32, SP, bisher
  Markus Wüthrich, Schützenstrasse 5, SVP, bisher
  Stefan Zingre, Fischerstrasse 4, parteilos/SVP, bisher

- Kommission Soziales und Gesundheit (6 Mitglieder)
  Mitglied und Präsident von Amtes wegen ist der Departementsvorsteher Soziales und Gesundheit Peter Bähler, SVP.
  Ashwina Gunaratnam, Stämpflistrasse 19, SP
  Alma Habibija, Fellenbergstrasse 8, SP
  Irène Heimann, Linckweg 27, FDP, bisher
  Hans-Jörg Rothenbühler, Reichenbachstrasse 50, Die Mitte, bisher (Sitz der GLP)
  Daniela Wyss, Waldeckstrasse 1, SVP, bisher
  Markus Züger, Schulhausstrasse 10, GFL, bisher

- Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung (6 Mitglieder)
  Mitglied und Präsident von Amtes wegen ist der Departementsvorsteher Tiefbau, Ver- und Entsorgung Edi Westphale, GFL.
  Hannes Maichle, Häberlimatteweg 39, SP, bisher
  Fritz Pfister, Kirchlindachstrasse 44, SVP, bisher
  Romeo Ruoss, Aarhaldenstrasse 24, SVP
  Samuel Scheuermeier, Flurweg 11, SP
  Rolf Stettler, Schäfereistrasse 33, FDP
  Alexander Tichy, Stockhornstrasse 28, GLP

- Kulturkommission (6 Mitglieder)
  Mitglied und Präsident von Amtes wegen ist der Departementsvorsteher Präsidiales Daniel Bichsel, SVP.
  Hyung Mi Amrein, Schweizerhubelstrasse 10, FDP, bisher
  Claudia Degen, Birkenstrasse 17, parteilos/GFL, bisher
  Norbert Fischer, Schulhausstrasse 12, GLP
  Fabian Krättli, Wydackerstrasse 9, SP
  Laura Tauber, Im Park 2, SVP, bisher
  Céline Wendelspiess, Kilchbergerweg 15, SP, bisher

- Planungskommission (6 Mitglieder)
  Mitglied und Präsident von Amtes wegen ist der Departementsvorsteher Präsidiales Daniel Bichsel, SVP.
  Hanspeter Anderegg, Alpenstrasse 85, SP, bisher
  Michel Baetscher, Lindenweg 4b, Piratenpartei
  Erich Hofer, Stockhornstrasse 13, FDP, bisher
  Gregor Ledergerber, Heckenweg 17, GFL
  Niklaus Marthaler, Schützenstrasse 9, SVP, bisher
  Petra Spichiger, Landgarbenstrasse 50, SP, bisher

- Sicherheitskommission (6 Mitglieder)
  Mitglied und Präsident von Amtes wegen ist der Departementsvorsteher Sicherheit und Integration Martin Köchli, Die Mitte.
  Jessica Gates, Alpenstrasse 9, SP, bisher
  Franziska Rhyner-Kübli, Buchhaldenweg 5, SVP, bisher
  Stefan Ritter, Lätternweg 6, SVP, bisher
  Kevin Sommer, Sägebachweg 14a, FDP
  Julia Tichy, Stockhornstrasse 28, parteilos/GFL, bisher
  Rolf Wendelspiess, Kilchbergerweg 15, SP

Für die Wahl des Stimm- und Wahlausschusses ist der Gemeinderat zuständig.

Aufschiebende Wirkung

Gemäss Art. 68 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG) hat eine allfällige Beschwerde aufschiebende Wirkung. Damit die Kommissionen trotz einer allfälligen Beschwerde ihre Arbeit aufnehmen können, kann der Grosse Gemeinderat vorsorglich beschliessen, dass aus wichtigen Gründen (hier: öffentliches Interesse) der Beschwerde keine aufschiebende Wirkung zukommt.

Beratung

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Das Eintreten ist vorgegeben. Der Grosse Gemeinderat hat die in seiner Kompetenz (gemäss Art. 1, Abs. 2 des Reglements über die ständigen Kommissionen) liegenden Wahlen für die Amtsperiode vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2029 zu wählen. Die Wahlvorschläge habt ihr vorgängig erhalten. Aus Gründen der Sitzungseffizienz verzichte ich darauf, alle Vorgeschlagenen namentlich zu erwähnen.

Bildungskommission (6 Mitglieder)

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Mitglied und Präsident von Amtes wegen ist der Departementsvorsteher Bildung Ratheeshan Gunaratnam (SP).

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende
- Mentari Baumann, Wahlackerstrasse 3 (FDP)
- Irene Brunner, Im Kläyhof 4 (SVP), bisher
- Corinne Crettenand, Stämpflistrasse 12 (EVP), bisher
- Monika Flückiger, Heckenweg 15a (SP), bisher
- Marianne Pfister, Kirchlindachstrasse 44 (SVP), bisher
- Annette Tichy, Stockhornstrasse 28 (parteilos/GFL), bisher

als gewählt als Mitglieder der Bildungskommission für die Amtsdauer vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2029.

Finanzkommission (6 Mitglieder)

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Mitglied und Präsident von Amtes wegen ist der Departementsvorsteher Finanzen Markus Burren (SVP).

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende
- Luca Baraldi, Linckweg 17 (parteilos/GLP), bisher
- Stephan Greber, Bantigerstrasse 2 (GFL)
- Peter Lindenmann, Bantigerstrasse 14 b (SP)
- Peter Nussbaum, Alpenstrasse 45 (parteilos/SVP), bisher
- Marcel Remund, Bernstrasse 92 (FDP), bisher
- Karin Steiner, Stämpflistrasse 51 (SP), bisher

als gewählt als Mitglieder der Finanzkommission für die Amtsdauer vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2029.

Kommission Bau und Umwelt (6 Mitglieder)

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Mitglied und Präsidentin von Amtes wegen ist die Departementsvorsteherin Bau und Umwelt Mirjam Veglio (SP).

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende
- Bénédicte Friedli Pahud, Kirchweg 3 (parteilos/GFL), bisher
- Patrick Heimann, Linckweg 27 (FDP)
- Gian Andrea Lüthi, Stämpflistrasse 49 (Die Mitte), bisher
- Markus Wüest, Schäfereistrasse 32 (SP), bisher
- Markus Wüthrich, Schützenstrasse 5 (SVP), bisher
- Stefan Zingre, Fischerstrasse 4 (parteilos/SVP), bisher

als gewählt als Mitglieder der Kommission Bau und Umwelt für die Amtsdauer vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2029.

Kommission Soziales und Gesundheit (6 Mitglieder)

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Mitglied und Präsident von Amtes wegen ist der Departementsvorsteher Soziales und Gesundheit Peter Bähler (SVP).

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende
- Ashwina Gunaratnam, Stämpflistrasse 19 (SP)
- Alma Habibija, Fellenbergstrasse 8 (SP)
- Irène Heimann, Linckweg 27 (FDP), bisher

- Hans-Jörg Rothenbühler, Reichenbachstrasse 50 (Die Mitte), bisher, Sitz der GLP
- Daniela Wyss, Waldeckstrasse 1 (SVP), bisher
- Markus Züger, Schulhausstrasse 10 (GFL), bisher

als gewählt als Mitglieder der Kommission Soziales und Gesundheit für die Amtsdauer vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2029.

Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung (6 Mitglieder)

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Mitglied und Präsident von Amtes wegen ist der Departementsvorsteher Tiefbau, Ver- und Entsorgung Edi Westphale (GFL).

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende
- Hannes Maichle, Häberlimatteweg 39 (SP), bisher
- Fritz Pfister, Kirchlindachstrasse 44 (SVP), bisher
- Romeo Ruoss, Aarhaldenstrasse 24 (SVP)
- Samuel Scheuermeier, Flurweg 11 (SP)
- Rolf Stettler, Schäfereistrasse 33 (FDP)
- Alexander Tichy, Stockhornstrasse 28 (GLP)

als gewählt als Mitglieder der Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung für die Amtsdauer vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2029.

Kulturkommission (6 Mitglieder)

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Mitglied und Präsident von Amtes wegen ist der Departementsvorsteher Präsidiales Daniel Bichsel (SVP).

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende
- Hyung Mi Amrein, Schweizerhubelstrasse 10 (FDP), bisher
- Claudia Degen, Birkenstrasse 17 (parteilos/GFL), bisher
- Norbert Fischer, Schulhausstrasse 12 (GLP)
- Fabian Krättli, Wydackerstrasse 9 (SP)
- Laura Tauber, Im Park 2 (SVP), bisher
- Céline Wendelspiess, Kilchbergerweg 15 (SP), bisher

als gewählt als Mitglieder der Kulturkommission für die Amtsdauer vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2029.

Planungskommission (6 Mitglieder)

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Mitglied und Präsident von Amtes wegen ist der Departementsvorsteher Präsidiales Daniel Bichsel (SVP).

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende
- Hanspeter Anderegg, Alpenstrasse 85 (SP), bisher
- Michael Baetscher, Lindenweg 4b (Piratenpartei)
- Erich Hofer, Stockhornstrasse 13 (FDP), bisher
- Gregor Ledergerber, Heckenweg 17 (GFL)
- Niklaus Marthaler, Schützenstrasse 9 (SVP), bisher
- Petra Spichiger, Landgarbenstrasse 50 (SP), bisher

als gewählt als Mitglieder der Planungskommission für die Amtsdauer vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2029.

Sicherheitskommission (6 Mitglieder)

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Mitglied und Präsident von Amtes wegen ist der Departementsvorsteher Sicherheit und Integration Martin Köchli (Die Mitte).

Wahl
Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende
- Jessica Gates, Alpenstrasse 9 (SP), bisher
- Franziska Rhyner, Buchhaldenweg 5 (SVP), bisher
- Stefan Ritter, Lätternweg 6 (SVP), bisher
- Kevin Sommer, Sägebachweg 14a (FDP)
- Julia Tichy, Stockhornstrasse 28 (parteilos/GFL), bisher
- Rolf Wendelspiess, Kilchbergerweg 15 (SP)

als gewählt als Mitglieder der Sicherheitskommission für die Amtsdauer vom 1. Februar 2025 bis 31. Januar 2029.

Der Gemeinderat beantragt, einer allfälligen Beschwerde gegen obige Wahlen, gestützt auf Art. 68 VRPG, die aufschiebende Wirkung zu entziehen. Eine Beschwerde müsste beim Regierungsstatthalteramt eingereicht werden. Würde die aufschiebende Wirkung gegen eine solche Einsprache nicht entzogen, würde dies für die Kommission heissen, dass sie ihre Arbeit nicht aufnehmen kann. Wir stimmen sogleich darüber ab.

Beschluss (mehrheitlich)
Einer allfälligen Beschwerde wird gestützt auf Art. 68 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege die aufschiebende Wirkung entzogen.

Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
6	6	3599	00.06.02

Protokollgenehmigung

Beschluss
Das Protokoll vom 27. November wird genehmigt.

Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
7	7	4300	00.06.04

Motion Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend «Die Gemeinde Zollikofen verstärkt auf Nachhaltige Entwicklung ausrichten – im Sinne der 17 Ziele der «Agenda 2030»», Erheblicherklärung

Ausgangslage

Am 23. Oktober 2024 wurde folgende Motion eingereicht:

Erstunterzeichner: Bruno Vanoni (GFL)
Mitunterzeichnende: Hanspeter Anderegg (SP), Flavio Baumann (GFL), Andreas Buser (GLP), Manuel Buser (GFL), Claudia Degen (GFL), Monika Flückiger (SP), Michael Fust (SP), Ruth Kaufmann (parteilos/GFL), Dominique Mani (SP), Karin Steiner (SP), Armin Thommen (GLP), Annette Tichy-Gränicher (parteilos/GFL), André Tschanz (EVP), Markus Wüest (SP)

«Antrag
Die vom Gemeinderat angekündigte Ausarbeitung eines neuen Leitbildes bietet die Chance, die Orientierung Zollikofens am übergeordneten Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung zu bekräftigen und sich aktiv an den Bemühungen zum Erreichen der 17 Nachhaltigkeits-Ziele der «Agenda 2030» zu beteiligen. Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt,

1. *das Bekenntnis zur Nachhaltigen Entwicklung im Sinne der «Agenda 2030» im neuen Leitbild der Gemeinde Zollikofen zu verankern;*
2. *anschliessend in allen Sachvorlagen (insbesondere in Berichten und Anträgen an den Grossen Gemeinderat) aufzuzeigen, weiche Nachhaltigkeits-Ziele der «Agenda 2030» mit den jeweiligen Vorhaben unterstützt werden;*
3. *die Zusammenarbeit und den Erfahrungstausch mit anderen, der «Agenda 2030» verpflichteten Gemeinden und Organisationen zu fördern und zu pflegen.*

Begründung
Im Umsetzungsprogramm 2025, das der Gemeinderat am 9. September 2024 als Teil seines neuesten Politikplans verabschiedet hat, wird im Tätigkeitsprogramm 2025 die Erarbeitung eines neuen Leitbildes angekündigt. Neben den Ergebnissen der im September durchgeführten Bevölkerungsbefragung sollten im neuen Leitbild auch übergeordnete Zielsetzungen berücksichtigt werden. Dazu bietet sich das ganzheitliche Konzept der Nachhaltigen Entwicklung (NE) an, das als Richtschnur für zukunftsweisendes Handeln anerkannt ist: auf globaler, nationaler, kantonaler wie auch auf kommunaler Ebene.
In Zollikofen hat der Gemeinderat schon vor 15 Jahren ein Bekenntnis zur NE im damaligen Leitbild der Gemeinde verankert und dabei mit einer bemerkenswerten Erläuterung auf die dreidimensionale Definition des Prinzips durch die UNO-Weltkonferenz von Rio im Jahr 1992 hingewiesen: «Nachhaltig ist für uns nicht einfach ein Schlagwort. Nachhaltige Entwicklung verstehen wir im Sinne des Gipfels von Rio. Sie strebt eine solidarische, gut gebildete und gesunde Gesellschaft, eine leistungsfähige Wirtschaft und eine intakte Umwelt an, die auch nächsten Generationen ermöglicht, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.»
Im Kanton Bern ist die NE mittlerweile in der Kantonsverfassung, in den Regierungsrichtlinien, im kantonalen Richtplan und in sektoriellen Strategien verankert. 60 Berner Gemeinden haben ihre Steuerungsinstrumente auf NE ausgerichtet. In Zollikofen ist die NE im Zuge diverser Überarbeitungen zwar aus dem Leitbild der Gemeinde verschwunden. Aber auf den Starttafeln des Landschaftswegs, im 2018 beschlossenen «Umweltwegweiser» sowie in der Broschüre, die Neuzugezogenen abgegeben wird und auch auf der Website der Gemeinde aufgeschaltet ist, bekennt sich Zollikofen weiterhin zur NE, dieser «international akzeptierten Leitidee für eine wünschbare, zukunftsfähige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft».
Vor neun Jahren hat die UNO in der «Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung» 17 Ziele formuliert, die bis 2030 erreicht werden sollten. Beispiele für diese «Sustainable Development Goals» (SDG) sind plakativ formuliert: keine Armut, hochwertige Bildung, verantwortungsvoller Konsum, Gesundheit und Wohlergehen... Auch die Schweiz soll und will einen Beitrag zum Erreichen dieser SDG leisten.[1] Dass es dazu verstärkte Anstrengungen auf allen Ebenen braucht, hat gerade eben erst im September 2024 ein UNO-Gipfeltreffen festgestellt. Und die «Plattform Agenda 2030», ein schweizerischer Zusammenschluss von über 50 Organisationen, hat eine Kampagne für zusätzliches Engagement lanciert.[2]
Der Kanton Bern hat in letzter Zeit verschiedene Angebote auf- und ausgebaut, damit Gemeinden konkrete Beiträge zum Erreichen der SDG-Ziele leisten können. Auch auf Bundesebene gibt es ein reiches Instrumentarium, beispielsweise die «Tool-Box Agenda 2030 für Kantone und Gemeinden»[3] als Informationsquelle und Umsetzungshilfe mit guten Anwendungsbeispielen. Auf der Website des Kantons Bern ermöglicht der «NE-Gemeindeprofilograf»[4] interessierten Gemeinden ohne grossen Aufwand eine Standortbestimmung und die Ermittlung des kommunalen Handlungsbedarfs. Der

---

[1] https://www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home/agenda-2030/die-17-ziele-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung.html / https://www.are.admin.ch/are/de/home/nachhaltige-entwicklung/nachhaltigkeitspolitik/agenda2030.html
[2] https://www.plattformagenda2030.ch/
[3] https://administration.toolbox-agenda2030.ch/de/
[4] https://www.ne.sites.be.ch/de/start/ne-gemeinde/ne-gemeindeprofilograf.html

Kanton bietet überdies Beratung und finanzielle Unterstützung[5] an für Gemeinden, die sich ihre strategischen Steuerungsinstrumente auf NE und SDG-Ziele ausrichten wollen.
Mit der Aufnahme eines Bekenntnisses zur «Agenda 2030» in ihr neues Leitbild (gemäss Forderung in Ziffer 1 des vorliegenden Vorstosses) könnte die Gemeinde Zollikofen ihr früheres Bekenntnis zur NE bekräftigen und das ganzheitliche Konzept dank mittlerweile verfügbaren Instrumenten gezielter weiterverfolgen. Eine entsprechende Formulierung wäre nicht als Ersatz, sondern als übergeordnete Ergänzung zu den aktuellen Leitsätzen (z.B. betr. Klima und Biodiversität) im Leitbild gedacht; sie könnte vielmehr solche Leitsätze und weitere Zielsetzungen, die für einzelne Politikbereiche bereits bestehen (z.B. im Finanzleitbild, bezüglich Energiestadt u.a.), in einen übergeordneten Gesamtzusammenhang einordnen helfen.
Mit der Benennung der Ziele, die mit einzelnen Massnahmen angestrebt werden (gemäss Ziffer 2 des Vorstosses) könnte das Bewusstsein für die Ausrichtung der Gemeindepolitik auf NE gefördert werden. Schon bisher werden in Berichten und Anträgen an den GGR jeweils der «Bezug zum Leitbild und anderen wichtigen Planungen» oder «Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt» erwähnt, was eigentlich schon ein erster Ansatz zur Bezugnahme auf die NE ist. Diese Berichterstattung könnte künftig systematisch und vertieft bezogen auf bestimmte SDG-Ziele erfolgen.
Im Rahmen des Informations- und Erfahrungsaustauschs mit anderen Gemeinden und Organisationen, die sich für die «Agenda 2030» einsetzen, und entsprechender Zusammenarbeit (gemäss Ziffer 3 des Vorstosses) könnte Zollikofen das Engagement für NE effizient verstärken, von guten Umsetzungsbeispielen lernen, gemeinsame Anstrengungen fördern und so auch den eigenen Bearbeitungsaufwand in Grenzen halten. Mit der Umsetzung der drei Forderungen dieses Vorstosses könnte die Gemeinde Zollikofen nicht allein einen Beitrag zum Erreichen der globalen Ziele der «Agenda 2030» leisten, sondern auch positive Wirkungen für die Gemeinde Zollikofen selber erreichen.»

Antwort Gemeinderat

Formelles
Bei der vorliegenden Motion handelt es sich um eine sogenannte Richtlinienmotion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats gemäss Art. 49 Abs. 2 der Gemeindeverfassung und Art. 35 Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats. Der Gemeinderat hat bei Richtlinienmotionen einen recht grossen Spielraum in der Umsetzung. Entscheid und Verantwortung bleiben beim Gemeinderat.
Die Abschreibung erfolgt nach der Behandlung des vorliegenden Berichts gemäss Art. 35 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Parlaments stillschweigend (ohne formellen Parlamentsbeschluss).

Allgemeines
Das Leitbild ist Teil des Politikplans und damit ein Führungsinstrument des Gemeinderats. Es beschreibt, wie sich Behörden und Bevölkerung ihr Zollikofen und das Leben darin künftig wünschen. Der Zeithorizont beträgt 30 Jahre. Es soll Leitschnur sein für alle, welche die Gemeinde mitgestalten.
Zu Beginn der Legislaturperiode überprüft der Gemeinderat das Leitbild und nimmt nötigenfalls Anpassungen vor. Grundlage dazu bilden insbesondere die Ergebnisse der neusten Bevölkerungsbefragung. Die letzte Befragung fand im Herbst 2024 statt. Die Genehmigung des Leitbilds für die Legislatur 2025 – 2028 erfolgt im Frühling 2025. Das Leitbild hat einen Bestand von vier Jahren und bleibt in dieser Zeit unverändert.

In den partizipativen Leitbildprozess fliessen nebst den Ergebnissen aus der Bevölkerungsbefragung auch weitere Eingaben aus der Bevölkerung und von den Gemeindebehörden ein. Politische Vorstösse im Zusammenhang mit der Leitbildüberprüfung können als Überprüfungsanträge (Postulate) an den Gemeinderat gerichtet werden. Allerdings sollen Einzelentscheidungen dem ordentlichen Leitbildprozess nicht vorweggenommen, sondern stets in dessen Gesamtkontext beurteilt werden. Der Gemeinderat beantragt daher, die Motion als nicht erheblich zu erklären. Er ist aber bereit, das Anliegen als Postulat im Sinne eines Prüfauftrags entgegenzunehmen.

[5] https://www.ne.sites.be.ch/de/start/ne-gemeinde/ne-verankern.html

Antrag Gemeinderat

Die Motion Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend «Die Gemeinde Zollikofen verstärkt auf Nachhaltige Entwicklung ausrichten – im Sinne der 17 Ziele der «Agenda 2030»» wird nicht erheblich erklärt.

Beratung

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Das Eintreten ist vorgegeben. Die Antwort des Gemeinderats liegt vor, das Wort hat der Motionär.

Bruno Vanoni (GFL): Die Orientierung am Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung ist nichts Neues für Zollikofen. Sie ist schon vor 15 Jahren im Leitbild der Gemeinde formuliert worden. Ihr habt das in der Begründung der Motion lesen können und ich will das nicht alles wiederholen. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass seit man das vor 15 Jahren aufgenommen hat, dieses Grundprinzip bei den Überarbeitungen des Leitbilds alle vier Jahre zunehmend ein bisschen in den Hintergrund gerückt ist. Das Ziel der Motion ist es, die Nachhaltige Entwicklung wieder stärker in den Vordergrund zu rücken und wieder bewusster zu machen, damit wir uns stärker um Nachhaltigkeit bemühen können und uns aktiv an den Bemühungen zum Erreichen der 17 Nachhaltigkeits-Ziele der so genannten «Agenda 2030» beteiligen.
So, wie das schon etwa 60 andere Berner Gemeinden tun, wie es der Bund und der Kanton Bern fördern, mit neuen Instrumenten und Hilfsmitteln, welche es vor 15 Jahren noch nicht gegeben hat, die das ermöglichen und helfen, dranzubleiben und voranzukommen.
Der Gemeinderat hat sich in seiner Antwort auf die Motion offen gezeigt, die Anliegen der Motion zu prüfen. Eben, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Darüber bin ich und sind wohl auch die Mitunterzeichnenden aus vier Parteien froh und dankbar. Er ist bereit, den Prüfungsauftrag entgegenzunehmen im Hinblick auf die Überarbeitung des Leitbilds. Er lehnt den Vorstoss aber in der verbindlichen Form der Motion ab. Aber Hand aufs Herz: Er schreibt selber, es wäre nur eine Richtlinienmotion, im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats, zumindest was die Ziffer 1 angeht, ist es ja klar, weil der Inhalt des Leitbilds ja vom Gemeinderat festgelegt wird und dieser wird uns wohl in der Mai-Sitzung zur Kenntnisnahme vorgelegt. Auch mit einer Richtlinienmotion würde der Gemeinderat seinen Spielraum bei der Umsetzung behalten. Er könnte das neue Leitbild auch ohne Erwähnung der Nachhaltigen Entwicklung beschliessen. Deshalb könnte man sagen: Wenn uns im Grossen Gemeinderat das Anliegen wichtig ist, dann könnten wir den Vorstoss als Motion, eben als Richtlinienmotion, erheblich erklären.
Aber ich möchte gerade heute Abend, an der ersten Sitzung der neuen Amtsdauer kein längeres «Gstürm» über Motion oder Postulat oder gar nichts auslösen, sondern **bin bereit, die Motion in ein Postulat zu wandeln,** so dass wir nur noch darüber abstimmen müssen. Ich hoffe natürlich, dass der Gemeinderat die Nachhaltige Entwicklung auch so, aufgrund des Postulats, im neuen Leitbild verankern wird. Und ich stütze diese Hoffnung auf zwei Punkte:

1. Vor vier Jahren hat der Gemeinderat mit der genau gleichen Antwort eine ähnliche Motion für eine andere Ergänzung des Leitbilds nur als Postulat entgegennehmen wollen. Der Motionär, dazumal Michael Fust, hat die Motion damals gewandelt in ein Postulat, der Grosse Gemeinderat hat dem Postulat zugestimmt und der Gemeinderat hat dann die geforderte Erwähnung des Klimaschutzes mit eigenen Worten im bis jetzt gültigen Leitbild beschlossen. Ich hoffe also, ja vertraue darauf, dass es mit der Nachhaltigen Entwicklung im Sinne der «Agenda 2030» genau gleich herauskommt.
2. Ich habe noch einen zweiten Grund für meine Zuversicht. Der Gemeinderat hat erst gerade im letzten Oktober die Controllingberichte zu den kommunalen Richtplänen und zum Umweltwegweiser genehmigt und nach der Einreichung dieser Motion veröffentlicht. Den Umweltwegweiser hatten wir im Grossen Gemeinderat schon 2018 behandelt und zur Kenntnis genommen. Darin hat der Gemeinderat im Kapitel «Leitsätze» an erster und oberster Stelle festgehalten: «Wir bekennen uns zu einer nachhaltigen Entwicklung der Gemeinde.» Und im Controllingbericht, den der Gemeinderat eben im letzten Oktober genehmigt hat, lesen wir: «Wir zeigen bei grösseren Geschäften im Bericht und Antrag an den Grossen Gemeinderat die Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft auf. Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft, das sind die drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung. Und weiter heisst es im Controllingbericht:

«Die Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft ist in den Antragsvorlagen für den Gemeinderat und den Grossen Gemeinderat als eigenes Kapitel hinterlegt. Das animiert dazu, solche Überlegungen auch bei kleineren Geschäften zu machen.»

Das passt bestens zur Ziffer 2 der Motion, die also nichts grundlegend Neues verlangt, sondern die bestehenden Bemühungen verstärken will. Und auch die Forderung von Ziffer 3 ist eigentlich bestens im geltenden Umweltwegweiser abgestützt. Er bekennt sich zur Vorbildrolle der Gemeinde, zur regionalen Zusammenarbeit und zur Unterstützung von privaten Initiativen.
Ich komme zum Schluss: Die Motion verlangt also nichts grundlegend Neues, sondern will die bisherigen Bekenntnisse und Bemühungen um das übergeordnete ganzheitliche Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung verstärken. Zwei möglichen Missverständnissen möchte ich noch vorbeugen: Erstens geht es bei der Nachhaltigen Entwicklung eben nicht allein um Umweltanliegen, sondern auch um eine gute, zukunftstaugliche Entwicklung der Wirtschaft und der Gesellschaft und zweitens geht es nicht darum, die vor vier Jahren ins Leitbild aufgenommenen Anliegen zu verdrängen, sondern diese und vielleicht auch noch andere Leitllinien in ein übergeordnetes Konzept aufzunehmen. Ich bitte euch also um Zustimmung zum Vorstoss in Form eines Postulats.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Merci vielmals dem Motionär und den Mitunterzeichnenden für die Wandlung, das entspricht dem Antrag des Gemeinderats. Der Gemeinderat ist im Zusammenhang mit der Überprüfung des Leitbilds, welches jeweils zu Beginn einer neuen Legislatur ansteht, bereit, das zu prüfen. Bruno Vanoni hat es vorhin aufgezeigt, im letzten Umgang vor vier Jahren ist bereits etwas eingeflossen. Es gilt, im Rahmen der Leitbildüberarbeitung Weiteres zu prüfen und allenfalls einfliessen zu lassen. Deshalb kann ich das nochmals unterstützen und jetzt haben wir auch keine Differenz mehr zum Motionär, dass wir in dem Sinn bereit sind, den politischen Vorstoss so entgegenzunehmen.

Marcel Remund (FDP): In der Antwort des Gemeinderats zur Motion werden vor allem formelle und prozessuale Gründe für die Nicht-Erheblicherklärung genannt. Dies sind unter anderem die Hinweise, dass das Leitbild ein Führungsinstrument des Gemeinderats ist, dass bei Anpassungen insbesondere Ergebnisse der neusten Bevölkerungsbefragung miteinfliessen sollen und dass Einzelentscheidungen dem ordentlichen Leitbildprozess nicht vorweggenommen werden sollen. Das ist aus Sicht der FDP-Fraktion völlig nachvollziehbar und richtig.
Da nun die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde, wäre dies allenfalls eine Möglichkeit aufzuzeigen, was überhaupt realistisch möglich ist oder allenfalls bereits gemacht wird.
Ich möchte trotzdem kurz auf den Inhalt der Motion bzw. in den des Postulats eingehen. Kritisch ist aus unserer Sicht vor allem der zweite Punkt des Vorstosses. Darin wird verlangt, dass bei allen Sachvorlagen, insbesondere in Berichten und Anträgen an den Grossen Gemeinderat aufgezeigt wird, welche Nachhaltigkeitsziele der «Agenda 2030» mit den jeweiligen Vorhaben unterstützt werden. Die Umsetzung dieser Forderung würde alle Sachgeschäfte stark bürokratisieren. Der Aufwand für die Verwaltung und die Behörden würde deutlich erhöht werden mit entsprechenden Kostenfolgen. So müsste z. B. bei einer Sanierung einer Abwasserleitung geprüft werden, ob dies eine Auswirkung auf die 17 Uno-Ziele hat. Das wäre ein Leerlauf, ohne dass die Welt dadurch nur eine Spur nachhaltiger würde. Man könnte sich dann sogar fragen, ob das zusätzlich produzierte Papier und der administrative Aufwand nicht gewissen Punkten der «Agenda 2030» widerspricht. So z. B. den Anliegen 3 «Gesundheit und Wohlergehen», 8 «Menschwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum» und 13 «Massnahmen zum Klimaschutz».
Die Uno-Nachhaltigkeitsziele sind auf globaler Ebene sicherlich sinnvoll und beinhalten z. B. in Punkt 9 «Industrie, Innovation und Infrastruktur» auch sehr gute Aussagen zum Thema Umweltschutz, an den wir uns vielleicht vermehrt orientieren sollten. Darin steht unter anderem «Technologischer Fortschritt bildet die Basis für die Erreichung von Umweltzielen». Ein Herunterbrechen dieser Uno-Ziele auf Gemeindeebene ist aber eher nicht zielführend und wäre zu teuer.

Stefan Ritter (SVP): Der Vorstoss enthält relativ viel Begründungstext, deshalb konzentrieren wir uns auf die drei Antragspunkte. Wir sehen es so, dass: Den Gemeinderat damit zu beauftragen, im Leitbild eine strategische Führung festzulegen, etwas zu forsch ist. Das Leitbild ist Aufgabe des Gemeinderats und der setzt sich bereits aus verschiedenen Parteien zusammen. Punkt 2 verlangt, dass in der Verwaltung in allen Sachvorlagen zusätzlich dargelegt wird, welche Ziele und welche Vorhaben unterstützt werden. Wie es auch schon der Vorredner erwähnt hat, erachten wir das als

zusätzliche Bürokratie. Punkt 3: Die Gemeinde Zollikofen ist bereits jetzt mit anderen Gemeinden gut vernetzt, was bereits in den verschiedenen Kommissionen erkennbar ist. Abschliessend zu sagen ist: Dass wir sicher nichts gegen die 17 Nachhaltigkeitsziele haben. Angesichts dieser Erkenntnisse lehnt die SVP-Fraktion die Motion wie auch das Postulat einstimmig ab.

Markus Wüest (SP): Wir sind froh, haben sich der Motionär und der Gemeinderat jetzt quasi angenähert. Wir unterstützen das Postulat. Bruno Vanoni hat es schon erwähnt, die Nachhaltigkeitsziele oder die «Agenda 2030» sind nicht einfach ein links/grünes Anliegen, sondern, das ist auf der Uno-Ebene eine gemeinsame Wirtschaftsorientierung, aus allen politischen Richtungen ausgehandelt worden und man hat sich damit eine schöne Vision für das Jahr 2030 vorgenommen. Es gibt eine Orientierungshilfe. In dem Sinn ist das eine super Inspirationsquelle, wenn man als Gemeinderat daran ist, das Leitbild zu überprüfen. Man muss das in keiner Weise, das ist auch unsere Haltung, als administrativen Aufwand und Übung abhandeln, sondern wirklich als Ideenfundus nutzen. In dem Sinn empfehlen wir dem Grossen Gemeinderat die Unterstützung des Postulats.

Armin Thommen (GLP): Heute sprechen wir über einen Antrag, der unserer Gemeinde die Chance bietet, ein klares und zukunftsweisendes Zeichen zu setzen. Die Aufnahme der «Agenda 2030» und ihrer Nachhaltigkeitsziele in unser neues Leitbild ist nicht nur ein logischer, es ist ein notwendiger Schritt.
Bereits vor 15 Jahren hat Zollikofen ein Bekenntnis zur Nachhaltigen Entwicklung abgelegt und heute könnten wir diesen Weg fortführen. Mit einem modernen, global abgestimmten Ansatz. Es geht nicht darum, alte Prinzipien über Bord zu werfen, sondern sie mit neuen, konkreten Werkzeugen zu ergänzen.
Die Nachhaltigen Entwicklungsziele der «Agenda 2030» sind keine abstrakten Visionen. Sie bieten praktische Orientierungshilfen, um unsere Gemeindepolitik noch wirksamer, transparenter und zukunftsfähiger zu gestalten. Mit der Umsetzung dieses Antrags werden wir nicht nur das Bekenntnis zur Nachhaltigkeit erneuern, sondern auch unsere Handlungsfähigkeit stärken. Denn: Wir schaffen ein Leitbild, das globale und lokale Verantwortung vereint und wir zeigen bei jeder Vorlage klar auf, welche Nachhaltigkeitsziele wir damit unterstützen.
Und drittens, wir profitieren vom Austausch mit anderen Gemeinden, die bereits Erfahrung in der Umsetzung der «Agenda 2030» haben.
Lasst uns hier nicht zögern. Es ist nicht mehr die Zeit für halbe Schritte. Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen dulden keinen Aufschub. Andere Gemeinden machen es vor – wir haben die Möglichkeit, Mitstreiter zu sein.
Ich bitte euch deshalb, dem Antrag zuzustimmen. Lasst uns die Chance nutzen, die Zukunft Zollikofens aktiv und nachhaltig zu gestalten.

Beschluss
Das Postulat Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend «Die Gemeinde Zollikofen verstärkt auf Nachhaltige Entwicklung ausrichten – im Sinne der 17 Ziele der «Agenda 2030»» wird erheblich erklärt (24 Stimmen für Erheblicherklärung, 9 Stimmen dagegen).

Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
8	8	4301	00.06.04

Interpellation Stefan Zingre (parteilos/SVP) und Mitunterzeichnende betreffend «Energiestadt Zollikofen – wie weiter?», Antwort

Ausgangslage

Am 23. Oktober 2024 wurde folgende Interpellation eingereicht:

Erstunterzeichner: Stefan Zingre (parteilos/SVP)
Mitunterzeichnende: Peter Nussbaum (parteilos/SVP), Ueli Thierstein (SVP), Markus Wüthrich (SVP), Patrick Heimann (FDP), Marco Bucheli (SVP), Franziska Rhyner (SVP), Michael Gasser (SVP), Niklaus Marthaler (SVP), Jürg Kohler (SVP), Stefan Ritter (SVP), Matthias Widmer (FDP), Marcel Remund (FDP), Rolf Stettler (FDP), Raymond Känel (Die Mitte), Hans-Jörg Rothenbühler (Mitte), Fritz Pfister (SVP)

«Antrag
Der Gemeinderat wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. *Ist sich die Gemeinde der neuen Ausgangslage (Wegfall der Bundesubvention ab 2026) bewusst?*
2. *Wie hoch sind die totalen Ausgaben der Gemeinde Zollikofen seit dem Start im Jahre 2002? Aufschlüsselung bitte nach:*
   - *Externen Kosten für die regelmässigen Zertifizierung*
   - *Mitgliedschaft beim Verein "Energiestadt"*
   - *Interne Aufwände für die Durchführung der Zertifizierung*
   - *Regelmässige Kosten für das Aufrechterhalten des Labels, inklusive Beschilderung und*
   - *Drucksachen*
   - *Interne und externe Aufwände zwischen den offiziellen Zertifizierungen*
3. *Was sind die finanziellen Auswirkungen dieser Änderung für Zollikofen, welcher Subventionsbetrag entfällt?*
4. *Ist der eingeschlagene Weg der Mitgliedschaft der Gemeinde Zollikofen beim Trägerverein "Energiestadt" noch der richtige?*
5. *Welche umweltpolitischen Ziele hat die Gemeinde Zollikofen ausschliesslich aufgrund der Mitgliedschaft im Trägerverein erreicht?*
6. *Welche Schritte sind durch die Behörden in dieser Angelegenheit innerhalb der nächsten 3 Jahre geplant?*
7. *Wie stellt sich der Gemeinderat dazu, dass der Kanton künftig den Gemeinden empfehlen wird, eine Zertifizierung durch den Trägerverein Energiestadt vornehmen zu lassen (Richtplan - Controlling 24)?"*

Begründung
Seit dem 21. Oktober 2002 ist die die Gemeinde Zollikofen beim Trägerverein Energiestadt dabei. Das letzte Audit fand am 10. März 2020 statt. Die Kosten für einen Re-Audit-Prozess betragen bis zu CHF 50'000.00. Für das normale Label betragen die Kosten mindestens CHF 4'000.00 und für ein Goldlabel CHF 10'000.00 p.a. Der Erfüllungsgrad der Vorgaben der Gemeinde Zollikofen liegt aktuell bei 59.9%. Bisher hat sich der Bund auch bei den bereits zertifizierten Energiestädte an den Kosten beteiligt, diese Praxis ändert jedoch ab 2026. Ab 2026 wird der Bund nur noch Geld für die erstmalige Zertifizierung sprechen.
Infolge dieser Praxisänderung hat nun als erste grössere Gemeinde Herzogenbuchsee entschieden, nach 16 Jahren das Label "Energiestadt" nicht weiterführen zu wollen, da das Label nur noch kostet und keinen Mehrwert bietet. In diversen anderen Gemeinden wird ebenfalls diskutiert, ob das Label beibehalten werden soll oder infolge der hohen Kosten ein Verzicht die bessere Option ist um die Mittel direkt in die Projekte einfliessen zu lassen.»

Antwort Gemeinderat

Frage 1
Ist sich die Gemeinde der neuen Ausgangslage (Wegfall der Bundesubvention ab 2026) bewusst?

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Streichung der Bundessubventionen ab 2026, vorbehältlich der öffentlichen Vernehmlassung im Januar 2025, ist der Gemeinde bekannt. Der Kanton Bern hat signalisiert, allenfalls ganz oder teilweise für die potenziell wegfallenden Bundessubventionen aufzukommen.

Frage 2
Wie hoch sind die totalen Ausgaben der Gemeinde Zollikofen seit dem Start im Jahre 2002?

Die nachfolgenden Zahlen stammen aus der Finanzbuchhaltung der Energiestadtkontos der Jahre 2002 – 2024. Die Summe der Aufwände kann nicht explizit dem Erhalt des Labels zugeordnet werden, sondern enthält auch konkrete sachliche Massnahmen.

Externen Kosten für die regelmässige Zertifizierung	Fr. 67'290.90
Mitgliedschaft beim Verein «Energiestadt»	Fr. 53'600.00
Interne Aufwände für die Durchführung der Zertifizierung	nicht verfügbar
Beschilderung und Drucksachen	Fr. 1’633.55
Interne und externe Aufwände zwischen den offiziellen Zertifizierungen	Fr. 85'384.85
Ausgaben brutto	**Fr. 207'909.30**
Beiträge Bundesamt für Energie an die Zertifizierungen 2020 und 2024	Fr. -11'000.00
Ausgaben netto	**Fr. 196'909.30**

Die internen und externen Aufwände zwischen den offiziellen Zertifizierungen setzten sich aus Ausgaben für Energie- und Mobilitätsanlässe, Kommunikation mit der breiten Bevölkerung und externe Beratungen für spezifische Massnahmen zusammen. Nicht darin enthalten sind Ausgaben für Massnahmen im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung in den Bereichen Liegenschaften und Verkehr, welche unabhängig von der Mitgliedschaft beim Trägerverein Energiestadt unternommen wurden und in die Wertung bei den Zertifizierungen miteinfliessen.

Die internen Aufwände für die Durchführung der Energiestadt-Zertifizierung bestehen primär aus Personalstunden. Diese umfassen Tätigkeiten wie die Datenaufbereitung, Koordination und Abstimmung mit der Energiestadt-Beraterin sowie die Vorbereitung des Auditgesprächs. Aufgrund wechselnder Zuständigkeiten und fehlender Personalkontinuität über die letzten 23 Jahre ist eine Rekonstruktion der aufgewendeten Stunden nicht möglich.

Frage 3
Was sind die finanziellen Auswirkungen dieser Änderung für Zollikofen? Welcher Subventionsbetrag entfällt?

Der aktuelle Beitrag des Bundes an die Re-Zertifizierung von Gemeinden mit einem Energiestadtrating von weniger als 70 % beträgt Fr. 4’000.00. Gemeinden, welche ein Energiestadtrating von mehr als 70 % erreichen, erhalten einen Beitrag von Fr. 10'000.00.
Im Mittel kosteten die bisherigen Re-Zertifizierungen vor Abzug der Beiträge des Bundes Fr. 11'215.00. Re-Zertifizierungen finden alle vier bis fünf Jahre statt. Bei den bisherigen Re-Zertifizierungen hat die Gemeinde ein Rating zwischen 58 % und 65 % erreicht. Mit dem Wegfall der Bundessubventionen würde im Vergleich zur letzten Re-Zertifizierung in Zukunft alle vier bis fünf Jahre ein Subventionsbetrag von Fr. 4'000.00 wegfallen.
Mit dem geplanten Ziel, ab 2028 mit dem Label «Energiestadt Gold» ausgezeichnet zu werden, muss Zollikofen beim nächsten Audit ein Rating von mindestens 75 % erreichen. Bei einem Fortbestand der Bundessubventionen hätten die Gemeinden zu den heutigen Bedingungen in Zukunft hingegen einen höheren Subventionsbetrag von Fr. 10'000.00 erwarten können.

Frage 4
Ist der eingeschlagene Weg der Mitgliedschaft der Gemeinde Zollikofen beim Trägerverein «Energiestadt» noch der richtige?

Der Gemeinderat erachtet eine Mitgliedschaft beim Trägerverein «Energiestadt» als zielführend. Die Mitgliedschaft unterstützt die Gemeinde wesentlich bei ihren Bestrebungen zur nachhaltigen Entwicklung und trägt zur langfristigen Erreichung der nationalen und kantonalen Klimaziele bis 2050 bei. Ohne die umfassende Beratung, den Energiestadt-Katalog, das Netto-Null-Dashboard und die fortlaufende Rezertifizierung würde die Gemeinde wertvolle Hilfsmittel zur effizienten Planung und Überwachung ihrer Klimaschutzaktivitäten verlieren und müsste erhebliche Ressourcen in die Entwicklung eigener Rahmenbedingungen, Vorgaben und Kontrollmechanismen investieren. Zudem erlaubt die Mitgliedschaft eine transparente Beurteilung der Gemeindeentwicklung und einen Vergleich mit anderen Energiestädten auf der Basis von gemeinsamen Kriterien.

Die externe Energiestadt-Kontrollstelle überprüft, ob die Gemeinde ihre eigenen Fortschritte richtig darstellt. So stellt sie sicher, dass die Gemeinde ihre Arbeit gut macht und die Öffentlichkeit nicht falsch informiert wird. Zudem werden durch diesen Prozess die Qualität und Umsetzung der getroffenen Massnahmen unabhängig und vertrauenswürdig überprüft. Fehlt diese Kontrolle, könnte das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Ergebnisse und Fortschritte der Klimaschutzmassnahmen von Zollikofen leiden.

Frage 5
Welche umweltpolitischen Ziele hat die Gemeinde Zollikofen ausschliesslich aufgrund der Mitgliedschaft im Trägerverein erreicht?

Die direkten Auswirkungen der Mitgliedschaft im Trägerverein Energiestadt lassen sich nur schwer isoliert beurteilen, da die Fortschritte der Gemeinde Zollikofen bei den umweltpolitischen Zielen auf einer Kombination aus externer Unterstützung, interner politischer Entscheidungen und dem Engagement lokaler Akteure beruhen.
Dennoch hat die Mitgliedschaft der Gemeinde beim Trägerverein Energiestadt dazu beigetragen, dass die Gemeinde in den letzten Jahren Fortschritte beim Klimaschutz verzeichnen und ihre Treibhausgasemissionen reduzieren konnte. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die Zielsetzung der Motion von Kornelia Hässig (SP) und Mitunterzeichnenden vom 29. August 2018 betreffend «Zollikofen strebt die Goldauszeichnung des Trägervereins Energiestadt an!», mit welcher die Gemeinde den Auftrag erhielt, ihre Aktivitäten im Klimaschutz deutlich und durch eine unabhängige Prüfstelle verifiziert zu steigern.
Zudem hat die Mitgliedschaft im Trägerverein Energiestadt der Gemeinde eine wertvolle Grundlage geboten, um die umweltpolitischen Ziele und deren Umsetzungsstand regelmässig zu überprüfen und klare Massnahmen und Etappenziele zu definieren und umzusetzen.

Frage 6
Welche Schritte sind durch die Behörden in dieser Angelegenheit innerhalb der nächsten 3 Jahre geplant?

Innerhalb der nächsten drei Jahre plant der Gemeinderat eine Reihe von konkreten Schritten, um die Klimaziele von Bund und Kanton mit Hilfe der Energiestadt-Tools auf Gemeindeebene weiter voranzutreiben. Aufgrund der Resultate des Energiestadt-Audits 2024 können dabei spezifisch jene Bereiche angegangen werden, bei denen das vorhandene Potenzial nicht genutzt wird oder der grösste Nachholbedarf besteht. Die Gemeinde verfolgt dabei das Ziel, beim nächsten Audit 2028 die Gold-Auszeichnung zu erreichen (Motion Kornelia Hässig (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. August 2018 betreffend «Zollikofen strebt die Goldauszeichnung des Trägervereins Energiestadt an!»).
Als interner Fahrplan dient das vom Gemeinderat verabschiedete energiepolitische Programm 2025 – 2028. Die Gemeinde plant unter anderem Massnahmen in den Bereichen Strategie und Kommunikation, erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Mobilität und Anpassungen an den Klimawandel. Sämtliche vorgesehenen Massnahmen mit Kostenfolgen werden dabei als eigenständige Geschäfte behandelt und unterliegen dem ordentlichen Budgetierungs- und Umsetzungsprozess.

Frage 7
Wie stellt sich der Gemeinderat dazu, dass der Kanton künftig den Gemeinden empfehlen wird, eine Zertifizierung durch den Trägerverein Energiestadt vornehmen zu lassen (Richtplan - Controlling 24)?

Die Ergebnisse von Volksabstimmungen spiegeln den gesellschaftlichen Konsens wider, dass umfassende Massnahmen gegen den Klimawandel notwendig sind. Darüber hinaus verpflichtet der Klimaschutzartikel in der Kantonsverfassung die Behörden dazu, aktiv zur Reduktion der Treibhausgasemissionen beizutragen.
Die Zertifizierung als Energiestadt unterstützt die Gemeinden bei der strukturierten Umsetzung von Klimaschutzmassnahmen und trägt zur Erreichung kantonaler und nationaler Klimaziele bei. Dank einheitlicher Beurteilungskriterien trägt eine Energiestadtzertifizierung zudem zur Vergleichbarkeit und Transparenz bei den Fortschritten im Klimaschutz auf Gemeindeebene bei. Der Gemeinderat steht einer Empfehlung des Kantons, eine Zertifizierung durch den Trägerverein Energiestadt vornehmen zu lassen, daher grundsätzlich positiv gegenüber.

Beratung

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Das Eintreten ist vorgegeben. Die Antwort des Gemeinderats liegt vor. Der Interpellant ist heute abwesend, aber seine Vertretung kann sich dazu äussern.

Marco Bucheli (SVP): Wie es der Präsident richtig gesagt hat, vertrete ich heute den Interpellanten Stefan Zingre (SVP) und das mache ich auch relativ kurz, wie es die Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vorsieht, innerhalb der zwei Minuten, mich darüber zu äussern.
Danke für die Beantwortung, das hat auch ein bisschen Zeit beansprucht, alles herauszusuchen. Immerhin sind bis jetzt schon Fr. 200`000.00 ausgegeben worden und das ohne Personalkosten. Heutzutage sind ja Personalkosten auch beträchtlich, das wäre dort nicht inklusive.
Was wir schade finden ist, dass das Label in Anführungs- und Schlusszeichen «nur» ein Papier ist und keine tatsächliche Umsetzung hat. Ich gebe euch gerne ein Beispiel: Die Umrüstung der Kandelaber auf LED, das hätte die Verwaltung als Beispiel auch sonst gemacht. Auch ohne das Label. Und das ist ja auch gut so. Also, schön wäre, wenn es eine tatsächliche Umsetzung wäre und nicht nur für Reaudits und Papiere, welche die Verwaltung hat. Natürlich hat die Verwaltung einen Leitfaden, an welchem sie sich orientieren kann. Fakt ist auch, dass immer mehr Gemeinden aussteigen. Wir werden jetzt sicher beobachten, ob der Kanton auch tatsächlich einspringt für die Bundessubventionen, die ab 2026 wegfallen.

Kenntnisnahme
Die Antwort des Gemeinderats wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
9	9	4373	00.06.04

Parlamentarische Eingänge

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Es hat zwei parlamentarische Eingänge gegeben:
- Interpellation Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend «Rückschlag für Fernwärme, Fragen zur Gasversorgung, neuer Handlungsbedarf in der Energie- und Klimapolitik: Wie reagiert der Gemeinderat?»
- Interpellation Fabian Krättli (SP) und Mitunterzeichnende betreffend «Anschluss an neues Plastikrecycling.»

Wir sind am Schluss der Sitzung angelangt. Die gehaltenen Voten bitte jeweils per E-Mail an die Protokollführerin schicken. Besten Dank. Die nächste Sitzung findet statt am 26. Februar 2025, 19:30 Uhr. Die Sitzung ist geschlossen.